



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

8. September 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

dass die Bundesregierung am letzten Wochenende entschieden hat, **Flüchtlinge aus Ungarn bei uns aufzunehmen, war eine absolut notwendige humanitäre Entscheidung in einer Ausnahmesituation.** Und die Reaktion der vielen Menschen, die versucht haben, den Flüchtlingen ein Gefühl des Willkommenseins zu vermitteln, zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland das genauso sehen. Jetzt muss der spontanen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ein genauso entschlossenes Handeln des Staates folgen: für die kurzfristige Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge und bei der Schaffung einer nachhaltigen Struktur für deren Integration in unserem Land.

Am Sonntag hat sich der Koalitionsausschuss mit der aktuellen Flüchtlings- und Asylsituation befasst und sich auf das weitere Vorgehen geeinigt. Dazu mehr auf der nächsten Seite.

Die Flüchtlingshilfe war ebenfalls Thema auf der **Klausurtagung der SPD-Fraktion** Ende letzter Woche. Außerdem haben wir dort Beschlüsse zu guter Pflege, sozialem Wohnungsbau und digitaler Teilhabe gefasst.

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause ist also mit einem längeren Anlauf gestartet! Auf der Tagesordnung der Plenarsitzungen steht diese Woche aber der Bundeshaushalt. **Von heute bis Freitag diskutieren wir im Plenum den Entwurf für die Finanzplanung 2016.** Wer möchte, kann das wie immer im Parlamentsfernsehen oder im Internet verfolgen — besonders sehenswert ist sicher die Generalaussprache zur Regierungspolitik mit der Bundeskanzlerin am Mittwochmorgen.

Ich habe übrigens gerade Besuch aus Darmstadt — die letzte „Berlin-Fahrt“ des Bundespresseamtes für dieses Jahr.

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

Eure / Ihre Brigitta Zypries

+++ Veranstaltungstipp+++

ASYL-DIALOGUE

Die bekannte „Bühne für Menschenrechte“ bringt Geschichten von Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung unter dem Titel „ASYL-DIALOGUE“ auf die Bühne nach Darmstadt. Das Dokumentarische Theaterstück ist durch ausführliche Interviews mit Flüchtlingen entstanden.

Zu diesem aktuellen und wichtigen Anlass lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen am **9. September 2015 um 19 Uhr** in die **Stiftskirche in Darmstadt** ein.

Der Eintritt ist frei, es wird um verbindliche Anmeldung über das [Onlineformular](#) gebeten.

Ein verspäteter Einlass nach Beginn der Vorführung ist nicht möglich.



+++ Wahlen +++

Seniorenwahlen 2015

Erstmals ist es den Darmstädter Seniorinnen und Senioren (ab 60 Jahren) nach langem Bemühen möglich, eine eigene Interessenvertretung zu wählen - ein sehr wichtiger Schritt für eine intensivere Partizipation auf kommunaler Ebene!

Gewählt wird mittels **Briefwahl bis zum 18. September.**

Das Gremium wird in Zukunft die Anliegen der Generation 60+ gezielt gegenüber der Stadt und der Öffentlichkeit vertreten und hat Vorschlags- und Rederecht in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung.

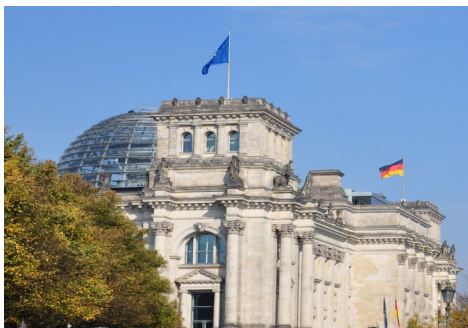
Also nutzen Sie Ihre Stimme und wählen Sie einen Vertreter Ihres Vertrauens. Ich freue mich über eine gute Wahlbeteiligung!

Die aktuelle Flüchtlings- und Asylsituation — Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom Wochenende

Die Spitzen der Koalition haben sich am Sonntag auf Maßnahmen des Bundes geeinigt. Als nächstes muss rasch eine Einigung mit den Ländern gefunden werden. Bund, Länder und Kommunen müssen sich abstimmen, denn die Kommunen und Länder tragen natürlich die größte Last bei der Aufnahme und der ersten Versorgung der Flüchtlinge.

- Der Bund wird **weitere 6 Mrd. Euro pro Jahr für Versorgung und Integration der Flüchtlinge** zur Verfügung stellen, davon 3 Mrd. Euro für eigene Aufgaben und 3 Mrd. Euro als Unterstützung von Ländern und Kommunen.
- Der Bund unterstützt die Länder beim Ausbau **von 150.000 winterfesten Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen**: Bundeseigene Liegenschaften sollen dazu hergerichtet und mietfrei bereitgestellt werden. Wo es keine geeigneten Immobilien des Bundes gibt, soll die Schaffung von Plätzen finanziell unterstützt werden. Dabei sollen Abweichungen von sonst gültigen baurechtlichen Standards möglich gemacht werden.
- **Asylverfahren sollen beschleunigt werden** und die Entscheidung über ein Bleiberecht in maximal 3 Monaten fallen. Dass ist nicht nur zur Entlastung der Kommunen notwendig, sondern auch wichtig für die Menschen, die auf eine Entscheidung warten.
- Es werden in den nächsten 3 Jahren **3.000 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei** geschaffen, um die Kommunen bei der Aufnahme der Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen besser zu unterstützen. Außerdem wird es **10.000 neue Stellen beim Bundesfreiwilligendienst** geben.
- Erstversorgung ist eine Sache — bei einer stark steigenden Zahl von Asylsuchenden ist aber besonders der nächste Schritt, die Integration, wichtig. **Integrationskurse werden deshalb für Geduldete und Asylbewerber geöffnet** und die Mittel dafür entsprechend aufgestockt.

Unser Asylsystem muss sich um diejenigen Menschen kümmern, die wirklich schutzbedürftig sind. Gleichzeitig aber brauchen wir endlich klare Regeln für diejenigen, die auf der Suche nach Arbeit zu uns kommen — deshalb will die SPD auch ein **Einwanderungsgesetz**. Einen ersten Schritt dahin konnten wir nun durchsetzen: Menschen aus den Staaten des Westbalkans sollen legale Möglichkeiten bekommen, in Deutschland zu arbeiten. **Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag zu Tarifbedingungen vorweisen kann, soll hier arbeiten oder eine Ausbildung beginnen können.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:
Daniel Becker

Die Koalition hat sich auch auf eine gemeinsame Position für die anstehenden Gespräche auf EU-Ebene geeinigt. **Es muss eine verbindliche, solidarische und faire Verteilung der schutzbedürftigen Flüchtlinge in Europa geben.** Außerdem müssen die aktuell besonders belasteten EU-Staaten finanziell bei der Bewältigung der Aufnahme unterstützt werden.

Ganz besonders wichtig ist aber: Wer eine Perspektive auf ein gutes, sicheres Leben zuhause hat, wird sich erst gar nicht hierher aufmachen. Niemand flieht gern aus seiner Heimat. Deshalb sind langfristige **Entwicklungszusammenarbeit, Stabilisierungs- und Aufbauhilfe in den Herkunftsländern und schnelle humanitäre Hilfe in Krisenregionen** so wichtig. Auch dies unterstützen wir mit erhöhten Mitteln.

Haushaltswoche – die Etatplanung 2015 steht auf der Tagesordnung

In dieser ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause berät der Bundestag über den Haushalt für das kommende Jahr. Heute geht es los: **Bundesfinanzminister Schäuble stellt den Entwurf für das Haushaltsgesetz 2016 vor.** Er hat in der Debatte heute morgen übrigens gesagt, dass die **zusätzlichen Ausgaben für die Flüchtlingshilfe nicht auf Kosten anderer Investitionen** gehen werden – auch die „schwarze Null“ unter dem Strich seines Etats sieht er nicht in Gefahr.

Der Entwurf sieht insgesamt Ausgaben in Höhe von 312 Milliarden Euro vor, also 10,4 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Es sollen keine neuen Kredite aufgenommen werden.

Im Verlauf der Woche wird detailliert über die Etats aller Ressorts diskutiert. Morgen ist zum Beispiel der Etat des Bundeskanzleramts dran. Das ist der traditionelle „Höhepunkt“ der Haushaltsdebatte: Die **vierstündige Generalaussprache zur Regierungspolitik mit der Bundeskanzlerin** und allen Fraktionsvorsitzenden.

Am Freitag findet die Schlussrunde der Haushaltsdebatte statt und der Entwurf des Haushaltsgesetzes wird zur weiteren Beratung in den Haushaltsausschuss überwiesen. Im November ist die 2. und 3. Lesung des Gesetzes, dann wird der Bundeshaushalt 2016 endgültig beschlossen.